



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge



# Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

08/2021

Das BAMF



# Inhaltsverzeichnis

## Verfahren

Folgeanträge afghanischer Staatsangehöriger: Mögliche aufenthalts- und sozialrechtliche Folgen	4
EuGH: Subsidiärer Schutz / Umfassende Prüfpflicht zur Feststellung des Grades der Intensität eines bewaffneten Konflikts	4
Vorladungen per SMS in Iran? Digitale Rechtsdokumentation und Justiz-Services in der Islamischen Republik	5
EMN-INFORM: Zur Verhinderung von Familientrennungen und Suchmechanismen für vermisste Migranten	6
Neue Länderreporte zu Gambia und Somalia	7
Jahrbuch des Migrationsrechts für die Bundesrepublik Deutschland 2020 erschienen	8

## Aus der Rechtsprechung

OVG Magdeburg / Syrien: Keine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft bei Wehrdienstentziehung	8
VGH Mannheim / Eritrea: Keine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft für Personen, die sich dem Nationaldienst entziehen	9
VG Stade / Georgien: Eheschließung außerhalb der yezidischen Gemeinschaft – Endogamie	9

## Was sonst? Literatur

Neuerwerbungen der Bibliothek	11
-------------------------------	----

## Impressum

12



## Folgeanträge afghanischer Staatsangehöriger: Mögliche aufenthalts- und sozialrechtliche Folgen

Die aktuelle Entwicklung in Afghanistan legt es für in Deutschland aufhältige Staatsangehörige nahe, die Stellung von Folgeanträgen zur Erlangung des Flüchtlingsstatus ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Flüchtlingsräte und andere Nicht-Regierungsorganisationen könnten mit dem Gedanken spielen, solche Folgeanträge durch pauschalisierte Standardschreiben zu unterstützen.

Seit Dezember 2020 gab es solche Formularschreiben anlässlich der Entscheidung des europäischen Gerichtshofes zur Wehrdienstentziehung von Syrern<sup>1</sup>. Für syrische Staatsangehörige, die davon Gebrauch gemacht hatten, hielt sich der Nutzen nach der Ablehnung von über 17.000 Folgeanträgen durch das Bundesamt als unzulässig in sehr engen Grenzen. Andererseits haben die Antragstellenden, soweit nicht eine kostenpflichtige anwaltliche Hilfe in Anspruch genommen wurde, auch keine Nachteile erlitten. Die regelmäßig bereits bestehenden Aufenthaltstitel wegen des zuvor zuerkannten subsidiären Schutzstatus sowie daran anknüpfende Sozialleistungen blieben unberührt.

Bei den über 77.000 afghanischen Staatsangehörigen, die im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) wegen festgestellter Abschiebungsverbote sind, zeigt sich die Rechtslage jedoch komplizierter. Gemäß §§ 22, 23 oder 25 Abs. 3 bis 5 AufenthG erteilte Aufenthaltstitel erlöschen, wenn nach dessen Erteilung ein Asylantrag gestellt wird (§ 51 Abs. 1 Nr. 8 AufenthG). Dies gilt auch für später gestellte Folgeanträge (vgl. 71 Abs. 1 AsylG).

Vor dem bestandskräftigen Abschluss des Asylverfahrens kann nach § 10 Abs. 1 AufenthG ein (hier erneuter) Aufenthaltstitel – außer in den Fällen eines gesetzlichen Anspruchs – nur mit Zustimmung der obersten Landesbehörde und nur dann erteilt werden, wenn wichtige Interessen der Bundesrepublik Deutschland es erfordern. Als Soll-Regelung begründet § 25 Abs. 3 AufenthG keinen unmittelbaren gesetzlichen Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis, die Voraussetzungen für eine Ausnahmeerteilung dürften eher selten vorliegen.

<sup>1</sup> Siehe: Entscheiderbrief 12/2020: EuGH: Syrien, Auswirkungen des Urteils zum Wehrdienstentzug auf die Entscheidungen des Bundesamtes, S.4f.; Entscheiderbrief 01/2021: VGH Baden-Württemberg: Syrien / Auch nach Entscheidung des EuGH keine „automatische“ Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft für syrische Wehrpflichtige, S. 4; Entscheiderbrief 03/2021: Divergierende obergerichtliche Entscheidungen zur Thematik „Syrien / Militärdienstentziehung“, S. 8f.; Entscheiderbrief 04/2021: Folgeanträge von syrischen Wehrdienstverweigerern: keine Änderung der Sach- und Rechtslage durch EuGH-Entscheidung, S. 8f.; Entscheiderbrief 07/2021: Geringe Klagequote bei Folgeanträgen von wehrdienstfähigen Syrern, S. 4f. Entscheiderbrief 08/2021: OVG Magdeburg / Syrien: Keine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft bei Wehrdienstentziehung, S. 8

Wegen weiterer möglicher Folgen für den Zugang zum Arbeitsmarkt und den Anspruch auf öffentliche Leistungen sollten Folgeanträge der Inhaberinnen und Inhaber von Aufenthaltserlaubnissen nach § 25 Abs. 3 AufenthG als der – unter aufenthaltsrechtlichen Gesichtspunkten – größten Gruppe in Deutschland aufhältiger afghanischer Staatsangehöriger wohlüberlegt sein. Eine fachkundige Beratung im Einzelfall und eine sorgfältige Abwägung von Chancen und Risiken erscheinen unerlässlich und können nicht durch allgemein gehaltene Standardbegründungen ersetzt werden. Die Bedeutung der Qualität der individuellen Antragsbegründungen darf keinesfalls so unterschätzt werden, wie dies bei Folgeanträgen von Syrern zuletzt der Fall war.

Einfluss auf die Entwicklung bei Folgeanträgen mit Afghanistan-Bezug können aber auch die Ausländerbehörden haben. Vor der Erteilung von Aufenthaltstiteln aufgrund festgestellter nationaler Abschiebungsverbote wurde regelmäßig die Vorlage von Nationalpässen erwartet. Ob und unter welchen Bedingungen diese Anforderungen von den Betroffenen auch künftig tatsächlich erfüllt werden können, ist derzeit kaum vorhersehbar. Dies gilt insbesondere auch für die Verlängerung von Pässen. Seitens der Ausländerbehörden sollten deshalb Betroffene bei Problemen keinesfalls pauschal auf mögliche Folgeanträge verwiesen werden.

*Matthias Henning, Abteilung 6*

## EuGH: Subsidiärer Schutz / Umfassende Prüfpflicht zur Feststellung des Grades der Intensität eines bewaffneten Konflikts

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) beantwortete auf Vorlage des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg die Frage, ob eine nationale Regelung, wonach die Feststellung einer ernsthaften individuellen Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines bewaffneten Konflikts mittels eines einzigen quantitativen Kriteriums, wie der Beurteilung der Zahl der Opfer im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der betreffenden Region in Fällen, in denen eine Zivilperson nicht aufgrund von ihrer persönlichen Situation innewohnenden Umständen spezifisch betroffen ist mit der Richtlinie 2011/95 über den internationalen Schutz von Flüchtlingen und Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz vereinbar ist. Mit Urteil vom 10. Juni 2021 (Az. C-901/19) wurde dies vom Europäischen Gerichtshof verneint. Er folgte damit auch der Auffas-

sung von Generalanwalt Priit Pikamäe.

Der Gerichtshof stellte fest, dass eine rein quantitative Betrachtung im Widerspruch zu den Zielen der Richtlinie 2011/95 sowie insbesondere zur Notwendigkeit stehe, dass die Mitgliedstaaten gemeinsame Kriterien zur Bestimmung der Personen anwenden, die tatsächlich internationalen Schutz benötigen, da hierdurch schutzberechtigte Personen ausgeschlossen werden könnten.

Ferner könne die quantitative Auslegung eine Praxis des „forum shopping“ begünstigen, da Personen, die internationalen Schutz beantragen, sich veranlasst sehen könnten, sich in Mitgliedstaaten zu begeben, die das Kriterium einer bestimmten Schwelle hinsichtlich der bereits festgestellten Opfer nicht anwenden oder eine niedrigere Schwelle heranziehen.

Damit ist eine umfassende Berücksichtigung aller auch qualitativ relevanten Umstände des Einzelfalls, insbesondere derjenigen, die die Situation des Herkunftslands des Antragstellers kennzeichnen (Intensität der bewaffneten Auseinandersetzungen, Organisationsgrad der beteiligten Streitkräfte und die Dauer des Konflikts), erforderlich. Die vom Gerichtshof in seiner aktuellen Entscheidung formulierten Kriterien für die Feststellung des Grades der Intensität eines bewaffneten Konflikts wurden bereits in die Dienstanweisung Asyl in das Kapitel „Subsidiärer Schutz“ eingearbeitet.

Das Bundesamt hat namentlich bereits grundsätzlich geregelt, dass bei der Prüfung des Gewaltgrades in einem Konflikt neben einer quantitativen Ermittlung des Tötungs- und Verletzungsrisikos eine wertende Gesamtschau vorzunehmen ist, unter Berücksichtigung der vom EuGH benannten Aspekte (vergleiche auch Rundschreiben 61A-7401/51-21, vom 09. Juli 2021).

Änderungen im Hinblick auf die Entscheidungspraxis zum subsidiären Schutz sind voraussichtlich nicht zu erwarten.

Nina Pokahr, 61E

## Vorladungen per SMS in Iran? Digitale Rechtsdokumentation und Justiz-Services in der Islamischen Republik

Sind Ihnen als Entscheiderin oder Entscheider in Iran-Anhörungen gehäuft Kopien von Gerichtsdokumenten (Vorladungen zu Verhandlungen, Gerichtsurteile) zu Augen gekommen, die von vermeintlichen Online-Portalen stammen? Oder haben iranische

Antragstellende geltend gemacht, eine Vorladung für eine Gerichtsverhandlung per SMS erhalten zu haben? Wenn ja, haben sie sich sicher Fragen in Bezug auf die Authentizität dieser Dokumente gestellt.

Recherchen der Länderanalyse haben ergeben, dass Iran seit einigen Jahren die Digitalisierung im Justizapparat vorantreibt. Dieser Prozess und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten und Services der On-line-Justiz in Iran werden im Folgenden vorgestellt.

Die Digitalisierungsinitiative im iranischen Justizwesen geht auf den 2013 vom Parlament ratifizierten Artikel 175 der islamischen Strafprozessordnung zurück, demzufolge IT- und Informationssysteme ohne Einschränkung zu nutzen sind. Erwähnt werden ausdrücklich E-Mail, audiovisuelle Fernverbindungen, Telefon und andere softwaregestützte Medien für die Bereiche Akteneinsicht, Vorladungen, Überstellung von Gerichtsdokumenten und gerichtlichen Vertretungen unter Beachtung der Richtlinien zur digitalen beziehungsweise elektronischen Rechtsprechung. Nach der Verabschiedung des Artikels 175 kooperierte die Justizbehörde für den Ausbau ihrer digitalen Infrastruktur mit der iranischen Softwarefirma UID. Letztere war für die Einrichtung verschiedener Onlineportale wie SANA und SAKHA zuständig, die 2016 in Betrieb gingen. Ob es allerdings eine Übergangszeit gab, in der die Behörden zweigleisig fuhren oder ob nach wie vor manuelle Gerichtsdokumente ausgestellt werden ist unklar. Auch die Justizbehörde selbst verfügt über eine Onlinepräsenz (<https://adliran.ir>). Insgesamt gibt es seitdem in Iran drei miteinander verbundene Portale. Bei SANA (<https://sana.adliran.ir>) handelt es sich um eine Website zur Vorregistrierung unter Eingabe der persönlichen Daten (Name, Adresse, ID-Card Nummer, *Shenasnameh* Serien-Nummer und Handynummer). Nach der Vorregistrierung wenden sich die Antragstellenden an das Büro für digitale Justizservices auf Ebene der Justizdistrikte (zum Beispiel Justizbezirk Shahid Bahonar, Ost-Teheran), wo sie ihre Zugangsdaten erhalten. Alternativ kann man den gesamten Registrierungsprozess auch vor Ort in diesem Büro durchführen. In Bezirken und Städten, in denen es das Office für digitale Justizservices noch nicht gibt, ist die lokale Justizverwaltung für den Prozess verantwortlich.

Mit den Zugangsdaten kann man das System für digitale Justiz-Verkündungen (*Samaneh-ye eblagh-e elektronik-e qaza'i*) nutzen (<https://eblagh.adliran.ir>). Jede im System registrierte Person hat einen eigenen Account, in dem man sich über die Eingabe der ID-Card Nummer und des persönlichen Passworts einloggen kann. Jedes persönliche Konto enthält ein Postfach, über das man sich über den Fortgang des Prozesses online auf dem Laufenden halten kann. Einzelne Dokumente können über die Eingabe des Aktenzeichens oder der Fallnummer abgerufen werden.

### Folgende Dokumente sind abrufbar:

- Informationsschreiben mit Ort (Adresse des zuständigen Gerichts) sowie Datum und Zeit der Verhandlung
- Festlegung der Fristen für den Prozessverlauf
- das schriftliche Gerichtsurteil
- das Endurteil und endgültige richterliche Beschlussfassungen
- Vollstreckungsanordnungen
- die bereinigte Version der Klageschrift (laut Artikel 53 der Strafprozessordnung anzufertigen vom Leiter der zuständigen Abteilung bei Gericht und laut Art. 54 der Strafprozessordnung in innerhalb von zehn Tagen dem Angeklagten zuzustellen)
- Dokumente zu oder Anträge auf Berufungsverfahren

Über das Onlineportal Sakha (<https://sakha.adliran.ir>) können die Bürgerinnen und Bürger ihre nicht unmittelbar mit der Justizbehörde zusammenhängenden Rechtsangelegenheiten abwickeln und nachverfolgen. Dazu gehören Eingaben, Beschwerden, Petitionen und Aufnahmen von Klagen. Auch juristische Informationsschreiben und Vorladungen werden über dieses Portal ausgestellt.

Iranerinnen und Iraner im Ausland können ihren Prozessverlauf und ihre Gerichtsakten über ein eigenes Portal (<https://international.adliran.ir>; <https://kharej.adliran.ir>) einsehen und Dokumente abrufen. Voraussetzung für die Anmeldung ist das Vorliegen einer biometrischen ID-Card, mit der die Erstregistrierung und Anlage eines Kontos vom Ausland aus möglich ist. Auch Personen, die sich bereits in Iran auf SANA registriert haben und über einen Account verfügen, können hier vom Ausland auf ihre Korrespondenz und Rechtsakten zugreifen. Allerdings scheint es bei der Anmeldung vom Ausland aus immer wieder Probleme gegeben zu haben.

Laut den Informationen unabhängiger iranischer Rechtsberatungswebsites gibt es die früher übliche Praxis, dass Gerichtsdokumente den Betroffenen per Post von einem zuständigen Beamten zugestellt wurden, nicht mehr. Agenturen wie *Deyna*, *Raahesh* und *Asr-e Iran* zufolge können die Bürgerinnen und Bürger ihre Rechtsangelegenheiten regulär nur noch online abwickeln.

Lediglich in Fällen, in denen eine Person erstmals in eine Rechtsstreitigkeit oder einen Gerichtsprozess involviert ist, ergeht eine schriftliche Vorladung auf dem früher üblichen Postweg. Inwiefern Ausnahmen von der Regel an der Tagesordnung sind, zum Beispiel, weil in einem bestimmten Gebiet der Internetzugang problematisch oder das Office für digitale Justizservices noch nicht eingerichtet worden ist, konnte von der Länderanalyse nicht eruiert werden. Augenscheinlich gibt es jedoch immer wieder Probleme bei der Generierung und Versendung der Passwörter. Ist eine

Person erst einmal digital im System registriert, können Vorladungen für Gerichtsprozesse auch per SMS (im Anhang) oder per E-Mail zugestellt werden. Dies geschieht in Umsetzung von Artikel 175 der Strafprozessordnung.

Dr. Andreas Wilde, 62G

## EMN-INFORM: Zur Verhinderung von Familientrennungen und Suchmechanismen für vermisste Migranten

Nach Angaben des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) ist in den letzten Jahren eine erhebliche Anzahl von Drittstaatsangehörigen, welche irregulär nach oder in Europa gereist sind, vermisst gegangen oder wurde von ihren Familien getrennt. Das Risiko der Trennung von Drittstaatsangehörigen und ihren Familienangehörigen besteht auch nach Ankunft in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU), etwa beim ersten Kontakt mit den Behörden, während der Verlegung von einer Einrichtung in eine andere oder während des weiteren Aufenthalts.

Das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) hat Informationen über die politischen und praktischen Ansätze der Mitgliedstaaten zur Minimierung dieses Risikos sowie zum Umgang mit vermissten Drittstaatsangehörigen gesammelt. Einen vergleichenden Überblick liefert das im Juni 2021 veröffentlichte Inform zu getrennten und vermissten Migranten<sup>2</sup>, welches Beiträge des IKRK berücksichtigt. Es befasst sich mit der Situation von Drittstaatsangehörigen, welche innerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten von ihren Familienangehörigen getrennt werden oder unfreiwillig verschwinden.

Um die Trennung Drittstaatsangehöriger von ihren Familienangehörigen zu verhindern, wenn sie zum ersten Mal mit den Behörden in ihrem Hoheitsgebiet in Kontakt kommen, wurden in allen berichterstattenden EU-Mitgliedstaaten Maßnahmen und/oder Verfahren eingeführt. Zu diesem Zweck werden die Familienmitglieder bei der Einreisekontrolle und Registrierung an einer EU-Außengrenze in den meisten Fällen als eine Einheit behandelt. Wenn sie zu unterschiedlichen Zeiten oder an unterschiedlichen Orten ankommen, werden die Familienmitglieder in der Regel wieder zusammengeführt. In Litauen, Luxemburg und Portugal gibt es zudem spezielle Maßnahmen, um Trennungen in informellen Siedlungen und anderen von Behörden nicht kontrollierten Umgebungen zu verhindern.

<sup>2</sup> Siehe European Migration Network: EMN Inform, Separated and Missing Migrants: Member States Approaches to Prevent Family Separation and Search Mechanisms for Missing Migrants, 02.06.2021. In: [https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/default/files/docs/pages/00\\_eu\\_seperated\\_missing\\_migrants\\_inform\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/default/files/docs/pages/00_eu_seperated_missing_migrants_inform_en.pdf). Zugriff: 12.07.2021.

Im Fall einer Inhaftierung werden in elf Mitgliedstaaten Familien gemeinsam in speziellen Hafteinrichtungen untergebracht. In Belgien, Italien, Spanien und Zypern dagegen werden Familien mit Minderjährigen nicht inhaftiert. In den Mitgliedstaaten, in denen Familien grundsätzlich gemeinsam inhaftiert werden, werden diese nur in besonderen Ausnahmefällen bei der Ankunft in der Hafteinrichtung getrennt, beispielsweise wenn es im Interesse des Kindeswohls liegt oder aus Gründen der nationalen Sicherheit erforderlich ist. So kann in Belgien, Litauen und Estland ein Familienmitglied als letztes Mittel getrennt inhaftiert werden, wenn es eine ernsthafte Gefahr für die nationale Sicherheit darstellt.

Bei einem Transfer von einer Einrichtung in eine andere werden Familien in allen berichterstattenden Mitgliedstaaten gemeinsam verlegt. Besondere Maßnahmen wurden in Bulgarien eingeführt, wo das Bulgarische Rote Kreuz in Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden eingreift, um Familientrennungen während der Verlegung zu verhindern.

Des Weiteren geht aus dem Inform hervor, dass die meldenden Mitgliedstaaten keine Verfahren haben, die speziell auf die Suche nach vermissten Drittstaatsangehörigen ausgerichtet sind. Wenn ein Drittstaatsangehöriger als vermisst gemeldet wird, führen die nationalen zuständigen Behörden die allgemeinen Verfahren durch, die für die Suche jeder vermissten Person angewendet werden. Darüber hinaus erfolgt nur gelegentlich eine Beteiligung der Migrationsbehörden. Insgesamt spielen die Migrationsbehörden eine sehr eingeschränkte Rolle bei der Suche nach vermissten Drittstaatsangehörigen. Sie helfen meist durch die Bereitstellung von Informationen über die vermisste Person. Allerdings sind die nationalen Gesellschaften des Roten Kreuzes (durch das Red Cross and Red Crescent Restoring Family Links Network) sowie in einigen Mitgliedstaaten auch Organisationen der Zivilgesellschaft in einem Großteil der Mitgliedstaaten berechtigt, an der Suche nach der vermissten Person teilzunehmen.

Im letzten Abschnitt des Informs wird festgestellt, dass es in den meisten Mitgliedstaaten keine spezifischen Mechanismen gibt, die es irregulären Migranten ermöglichen, eine vermisste Person anonym zu melden. Die Niederlande haben ein Verfahren der sicheren Meldung eingeführt, um einer unerlaubt aufhältigen Person die Möglichkeit zu geben, eine vermisste Person oder andere relevante Informationen ohne Risiko einer Verhaftung zu melden.

*Victoria Diana Stillig, 91C*

## Neue Länderreporte zu Gambia und Somalia

### Gambia

Der 39. Länderreport aus den Länderanalysen informiert über das überraschende Ende der 22-jährigen Präsidentschaft von Yahya Jammeh. Die Menschenrechtsslage unter dem vormaligen Präsidenten wurde zuletzt als kritisch eingeschätzt. Die Regierung des demokratisch gewählten Präsidenten Adama Barrow gelobte die Einhaltung demokratischer Prinzipien, guter Regierungsführung sowie rechtsstaatlicher Garantien. Präsident Barrow kündigte tiefgreifende Reformen an.

Nach allgemeiner Einschätzung verbesserte sich unter der Regierung des Präsidenten Barrow die Lage der Menschenrechte kontinuierlich. In Gambia wurden erstmals verschiedene universelle Menschenrechte staatlicherseits respektiert und gewährleistet. Auch im Bereich der Demokratie, der Rechtstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Justiz werden positive Entwicklungen anerkannt. In Gambia fanden erstmalig im Jahr 2017 demokratische Parlaments- und im Jahr 2018 demokratische Kommunalwahlen statt, die von Beobachtern als weitgehend frei und fair eingestuft wurden.

Seit dem Regierungswechsel gewährleisteten Truppen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft politische Stabilität. Auch Jahre nach der Transition steht Gambia auf verschiedenen Ebenen vor großen Herausforderungen. Die soziale und wirtschaftliche Situation wird als problematisch angesehen. Seit 2019 wird allgemein eine Zunahme politischer Spannungen beobachtet. Insbesondere in den Jahren 2019 und 2020 waren wieder häufiger regierungskritische Demonstrationen mit Ausschreitungen zu beobachten, die wiederum mit Polizeigewalt aufgelöst wurden.

Die wichtigsten Menschenrechtsprobleme betreffen u.a. Angehörige der LGBTQI - Gemeinschaft und die Bevölkerungsgruppe der Frauen und Kinder. Frauen und Kinder sind von Genitalverstümmelungen, häuslicher und sexualisierter Gewalt, Zwangsverheiratungen sowie Menschenhandel und verschiedenen Formen der Ausbeutung betroffen. Zu den Menschenrechtsproblemen gehören darüber hinaus u.a. die schlechten Haftbedingungen in Haftanstalten und Gefängnissen sowie teilweise die Rahmenbedingungen für Medienschaffende.

### Somalia

Der 40. Länderreport aus den Länderanalysen informiert über Al-Shabaab, eine militante islamistische Bewegung in Somalia, die in den 2000er-Jahren mit dem Ziel der Errichtung eines islamischen Staates gegründet wurde und als regionaler Ableger al-Qaidas gilt. Während sie zunächst im somalischen Bürgerkrieg gegen die Übergangsregierung und äthiopische Truppen im Land kämpfte, zielen terroristische Anschläge

und Militäroperationen seit 2012 vornehmlich gegen den somalischen Staat und internationale Friedensmissionen ab. Al-Shabaab ist es dabei gelungen, weite Teile des somalischen Staatsgebiets zu erobern. In den letzten Jahren musste al-Shabaab zwar Gebietsverluste, insbesondere in bevölkerungsreichen Gegenden, hinnehmen, kontrolliert aber weiterhin Gebiete in Süd- und Zentralsomalia. Zugleich verstärkt sie aktuell ihre Präsenz in den zwischen Somaliland und Puntland umstrittenen nördlichen Gebieten.

Der vorliegende Bericht gibt zunächst einen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Organisation sowie deren territoriale Kontrolle. Da die Anwerbung neuer Mitglieder für das Fortbestehen und die Stärkung al-Shabaabs wesentlich ist sowie ein Ausstieg von Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen geprägt sein kann, fokussiert sich diese Ausarbeitung auf die Rekrutierung und Desertion von Mitgliedern.

*Nikolas Barié und Magdalena Süß, 62F*

## Jahrbuch des Migrationsrechts für die Bundesrepublik Deutschland 2020 erschienen

Ende Juli ist im Nomos Verlag das „Jahrbuch des Migrationsrechts für die Bundesrepublik Deutschland 2020“ erschienen. Der Sammelband thematisiert die zentralen Urteile des Jahres 2020, beschreibt die rechtlichen Entwicklungen aus der Perspektive handelnder Organisationen und Behörden und dokumentiert die Gesetzgebung des vergangenen Jahres. Viele der Beiträge stammen aus der Feder aktiver oder ehemaliger Richterinnen und Richter. Daneben findet sich jedoch auch eine Würdigung der Genfer Flüchtlingskonvention von Dr. Roland Bank, Leiter der Rechtsabteilung des UNHCR in Deutschland, sowie eine Darstellung der Schwerpunkte des Bundesamts im Jahr 2020 von Katrin Hirsland, Abteilungsleiterin des Forschungszentrums sowie des Leitungstabs, die auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Bundesamt analysiert.

Die Bibliothek des Bundesamtes hat den gesamten Band in der Nomos eLibrary lizenziert. Er ist in der Bibliothek oder über [diesen Link](#) allerdings aus urheberrechtlichen Gründen nur im internen Netz für Mitarbeiter des Bundesamts abrufbar.

**Berlit, Uwe u.a.:** Jahrbuch des Migrationsrechts für die Bundesrepublik Deutschland. - 2020. - 1. Auflage. - Baden-Baden : Nomos, 2021. (488 Seiten). - ISBN 978-3-7489-1142-5

*Andreas Emcev, 62E*

## OVG Magdeburg / Syrien: Keine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft bei Wehrdienstentziehung

Der 3. Senat des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Sachsen-Anhalt hatte im Berufungsverfahren vom Bundesamt aufgeworfene Fragen zur flüchtlingschutzrelevanten Rückkehrgefährdung von Syrern im wehrpflichtigen Alter insbesondere vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils vom 19. November 2020 (C-238/19) zu entscheiden.

Das Gericht geht in seiner Entscheidung vom 01. Juni 2021 (Az. 3 L 154/18) auch bei Zugrundelegung der rechtlichen Vorgaben des Urteils des Gerichtshofes vom 19. November 2020 in der Rechtssache C-238/19 davon aus, dass im Fall des Entzugs vom Militär- beziehungsweise Reservedienst die Flüchtlingseigenschaft nur dann zuerkannt werden kann, wenn nach erfolgter Einzelfallprüfung Verfolgungsgründe im Sinne des § 3 Absatz 1 Nummer 1 Asylgesetz gegeben sind. Hierzu bedürfe es im Fall der einfachen Wehrdienstentziehung besonderer, individuell gefahrerhöhender Umstände um eine Verfolgung beachtlich wahrscheinlich werden zu lassen. Deshalb müsse die vom Gerichtshof formulierte „starke Vermutung“ einer politischen Verfolgung bei tatsächlich anzunehmender Militärdienstverweigerung derzeit als widerlegt angesehen werden.

Dies gilt nach dem Urteil des OVG Sachsen-Anhalt insbesondere auch für Reservisten. Es fehle einerseits an einer beachtlichen Wahrscheinlichkeit einer vom Asylgesetz vorausgesetzten Bestrafung andererseits an einer Verknüpfung einer etwaigen Verfolgungshandlung mit einem Verfolgungsgrund.

Der Senat folgt insoweit den Entscheidungen des OVG Nordrhein-Westfalen vom 22. März 2021 (Az. 14 A 3439/18), des Niedersächsischen OVG vom 22. April 2021 (Az. 2 LB 408/20) – sowie des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg, Urteile vom 04. Mai 2021 (Az. A 4 S 468/21, A 4 S 469/21 und A 4 S 370/21) – und teilt damit nicht die Rechtsauffassung des OVG Berlin-Brandenburg vom 29. Januar 2021 (Az. 3 B 109/18). Das Urteil bestätigt die Entscheidungspraxis des Bundesamtes.

*Florian Buttkus, 61E*

## VGH Mannheim / Eritrea: Keine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft für Personen, die sich dem Nationaldienst entziehen

Der 13. Senat des Verwaltungsgerichtshofes (VGH) Baden-Württemberg hatte im Berufungsverfahren die vom Bundesamt aufgeworfene Frage zu entscheiden, ob die eritreischen Behörden bei Rückkehrenden, die illegal aus Eritrea ausgeweist sind und / oder (zuvor) den Wehr- beziehungsweise Nationaldienst nicht abgeleistet haben, diese Umstände zum Anlass nehmen, auf eine Regimegegnerschaft zu schließen.

Nach der Entscheidung des Senats vom 08. Juni 2021 (Az. A 13 S 403/20) stellt die Einberufung in den Nationaldienst bereits deshalb keine Verfolgung dar, weil es insoweit an der Anknüpfung an ein flüchtlingschutzrelevantes Merkmal im Sinne des § 3 Absatz 1 Nummer 1, § 3b Asylgesetz fehlt.

Das Urteil des 13. Senat des VGH steht damit im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und zahlreicher Oberverwaltungsgerichte. Anderes folge auch nicht aus der (auch) politischen Dimension des Nationaldienstes in Eritrea, wonach der Nationaldienst auch der Verbreitung der dortigen Staatsideologie diene. Der Nationaldienst treffe nämlich grundsätzlich alle eritreischen Staatsbürger. Im Ergebnis könne nicht festgestellt werden, dass die Bestrafung einer Entziehung vom Nationaldienst, beziehungsweise einer illegalen Ausreise an eine (zugeschriebene) politische Überzeugung anknüpft.

Auf die aus Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe e in Verbindung mit Artikel 9 Absatz 3 RL 2011/95/EU („Anerkennungsrichtlinie“) folgende „starke Vermutung“ einer Verknüpfung der Strafverfolgung wegen Wehrdienstentziehung mit einem flüchtlingschutzrelevanten Merkmal könne sich der Kläger vorliegend nicht berufen. Denn die Vermutung knüpfe an das Vorliegen eines Konflikts an, in dem Verbrechen oder Handlungen begangen werden, die unter den Anwendungsbezug der Ausschlussklausel des Artikel 12 Absatz 2 RL 2011/95/EU fallen, was vorliegend weder vorgetragen, noch ersichtlich sei. Das Urteil bestätigt die Entscheidungspraxis des Bundesamtes.

*Andreas Dihlmann, 61E*

## VG Stade / Georgien: Eheschließung außerhalb der yezidischen Gemeinschaft – Endogamie

Mit dem Urteil vom 25. März 2021 entschied das Verwaltungsgericht (VG) Stade (Az. 3 A 2387/17), dass einer Georgierin mit ehemals yezidischem Glauben, die mit einem Christen verheiratet ist, aufgrund der individuellen Verfolgung und Verfolgungsgefahr durch die Familie und deren Religionsgemeinschaft die Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 Asylgesetz (AsylG) zuzuerkennen sei.

Die Klägerin stammt aus Tiflis und lebte in einer konservativ yezidischen Familie. Sie gab an, ihr Vater sei als Geschäftsmann sowohl in der yezidischen Gemeinschaft, als auch der georgischen Politik gut vernetzt. Sie selbst habe Pharmazie studiert und in einer Apotheke gearbeitet. Dort habe sie auch ihren jetzigen Mann, einen Ukrainer christlichen Glaubens, kennengelernt. Ihre Familie sei mit ihrer Partnerwahl überhaupt nicht einverstanden gewesen und habe versucht durch Hausarrest und massive Bedrohungen diese zu unterbinden, da die Klägerin kein Recht habe, über ihr Schicksal selbstständig zu entscheiden. Sie sei jedoch davon ausgegangen, dass ihre Familie im Falle einer Heirat ihre Beziehung akzeptieren würde. Sie hätten daraufhin in einem Dorf in Georgien heimlich standesamtlich geheiratet. Nach ihrer Rückkehr nach Tiflis seien sie aber von ihrem Bruder und dessen Freunden brutal überfallen worden. Aufgrund schwerer Verletzungen sei sie ins Krankenhaus gebracht worden. Noch im Krankenhaus hätten sie und ihr Mann beschlossen, Georgien zu verlassen. Zu ihrer Familie habe sie zwar keinen Kontakt mehr, über ihre Schwiegermutter habe sie jedoch erfahren, dass diese weiterhin nach ihr suchten.

Das Gericht kam zur Überzeugung, die Klägerin sei in Georgien von nichtstaatlichen Akteuren im Sinne des § 3c Nr. 3 AsylG verletzt und mit dem Tod bedroht worden. Bei diesen Akteuren handle es sich um ihre yezidische Familie einerseits und die von dieser Familie instrumentalisierten Helfer andererseits. Die Familie der Klägerin verfüge in der yezidischen Gemeinschaft Georgiens über Einfluss und finanzielle Mittel. Sie unterhalte zudem Verbindungen ins kriminelle Milieu und zu staatlichen Stellen. Für das Gericht sei die Motivation der nichtstaatlichen Akteure offenbar angesichts des in der yezidischen Glaubensgemeinschaft herrschenden Dogmas der Endogamie, also des strikten Verbots, Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften zu heiraten.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Vgl. VG Aachen, Urteil vom 21.02.2013, 8 K 738/10.A

Nach der Glaubensüberzeugung der Yeziden sind diese aus dem Samen des androgynen (mann-weiblichen) Adam entstanden, während alle anderen Völker der Erde von Zwillingspaaren abstammen. Die Yeziden sehen sich nicht nur als das älteste Volk der Erde, sondern fühlen sich vor allem auch dadurch ausgezeichnet, dass ihre Entstehung wegen des Ursprungs im androgynen (mann-weiblichen) Adam nicht mit sexuellem Begehren verbunden ist. Sie verstehen sich deshalb als ein auserwähltes Volk, sind stolz auf ihre Besonderheit und Reinheit sowie auf die Tatsache, dass sie allein von Adam abstammten und bis heute sich nicht mit anderen Gruppen vermischt. Die unbedingte Loyalität zur Familie und den Blutsverwandten spielt in der traditionellen yezidischen Gesellschaft eine überragende Rolle.<sup>4</sup>

Das Endogamiegebot, also eine Eheschließung nicht außerhalb ihrer Glaubensgemeinschaft, gilt grundlegend für das Yezidentum und Missachtung kommt einer Apostasie (Abwendung) vom Yezidentum sowie dem Ausschluss aus der yezidischen Gemeinschaft gleich. Das religiöse Verbot sei notwendig, um das Kollektiv zu schützen und zu bewahren. Das Individuum spielt nur eine sekundäre Rolle. Toleranz gegenüber den eigenen Gläubigen, wenn sie die religiösen Vorschriften nicht einhalten, ist kaum vorhanden. Das Familienoberhaupt hat die Aufgabe, die übrigen Familienmitglieder zu kontrollieren und bei einem ungebührlichen Verhalten zu bestrafen. Die Verletzung der Ehre wirkt dabei gleichsam identisch mit einem Angriff auf die Körperlichkeit, die daher im Idealfall nur mit einem Angriff auf die Körperlichkeit des Ehrverletzers oder der Ehrverletzterin ausgeglichen werden kann. Die Angst vor einem „Gesichtsverlust“ innerhalb der sozialen Gemeinde verstärkt noch ein aktives Vorgehen gegen die Ehrverletzung.<sup>5</sup> Die Yeziden befinden sich zudem in einer Art selbstgewählter gesellschaftlicher Isolation, die auch von außen in Georgien als isolierte Gruppe wahrgenommen wird.

Für das Gericht steht es zu erwarten, dass bei einer Rückkehr der Klägerin sowohl ihre gut vernetzte Familie, als auch die yezidische Gemeinschaft als solche, abermals erhebliche Ressourcen investieren würden, die Klägerin zu verfolgen und für ihr Verhalten zu bestrafen. Schon Fälle häuslicher Gewalt würden von georgischer Gesellschaft und Behörden meist als interne Familienangelegenheit betrachtet und gesetzliche Regelungen gegen Diskriminierung von Frauen und gegen die weit verbreitete häusliche Gewalt noch nicht ausreichend angewandt.<sup>6</sup> Der georgische Staat sei deshalb auch heute noch nicht ausreichend willens und in der besonderen Lage der Klägerin Schutz im Sinne von § 3d AsylG zu bieten. Zudem sei Georgien

ein kleines Land mit lediglich 3,7 Millionen Einwohnern. Ein Viertel der Einwohner lebe in der Hauptstadt Tiflis, der Rest des Landes sei nur dünn besiedelt und vorwiegend ländlich geprägt. Die Klägerin könne so jedenfalls nicht auf internen Schutz verwiesen werden, § 3e AsylG.

Das Gericht stellte ausdrücklich klar, dass es bei dieser Verfolgung und speziellen Konstellation durch die yezidische Familie in Georgien nicht um eine gewöhnliche innerfamiliäre Angelegenheit handele, sondern dieser Konflikt partikular für die yezidische Religionsgemeinschaft sei.

*Dr. Anke Reiß, 62E*

<sup>4</sup> Vgl. İlhan Kizilhan, Die alte yezidische Gemeinschaft im Zeitalter der Globalisierung, in: Yeziden - Eine alte Religionsgemeinschaft zwischen Tradition und Moderne, Hrsg.: Deutsches Orient-Institut, Oktober 2003

<sup>5</sup> Vgl. Landgericht Detmold, Urteil vom 16. Mai 2012, 4 Ks 31 Js 1086/11

<sup>6</sup> Vgl. Auswärtiges Amt, Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in Georgien, Stand November 2020

## Neuerwerbungen der Bibliothek

**Berlit, Uwe u.a.:** Jahrbuch des Migrationsrechts für die Bundesrepublik Deutschland. - 2020. - 1. Auflage. - Baden-Baden : Nomos, 2021. - 1 Online-Ressource (488 Seiten). - ISBN 978-3-7489-1142-5

**Briggen, Elean; Mullis, Annina:** Einbezug psychotraumatischer Erkenntnisse in die Glaubhaftigkeitsprüfung im Asylverfahren. In: Asyl : Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis. - 36 (2021), Heft 2 : 70 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention, Seite 22-29

**Buckel, Sonja u.a.:** Kämpfe um Migrationspolitik seit 2015 : zur Transformation des europäischen Migrationsregimes. - Bielefeld : transcript, 2021. - 1 Online-Ressource (190 Seiten). - ISBN 978-3-8394-5753-5

**Bußjäger, Peter; Gsodam, Christian (Hrsg.):** Migration und Europäische Union: Multi-Level-Governance als Lösungsansatz. - Wien ; Hamburg : new academic press, [2020]. - VIII, 304 Seiten : Diagramme. - ISBN 978-3-7003-2196-5

**Carlitz, Cordelia:** Integration durch Familiennachzug: die Einreiseregungen für Familienangehörige von Drittstaatsangehörigen und ihre Wirkung auf die Integration. - Berlin u.a. : Peter Lang, [2020]. - 329 Seiten. - ISBN 978-3-631-77487-8

**Dörig, Harald:** Der interne Schutz von Asylsuchenden im Herkunftsland. - 1 Online-Ressource (Seite 830-836). - In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht : NVwZ. - 40 (2021), Heft 12, Seite 830-836

**Frings, Dorothee; Tießler-Marenda, Elke:** Ausländerrecht für Studium und Beratung : einschließlich Staatsangehörigkeitsrecht : mit Beispielen und Lösungsschemata. - 5., überarbeitete Auflage. - Frankfurt am Main : Fachhochschulverlag, der Verlag für angewandte Wissenschaften, 2021. - 464 Seiten. ISBN 978-3-947273-38-6

**Graf, Johannes:** Berichtsreihen zu Migration und Integration. - 1. Wanderungsmonitoring : Bildungs- und Erwerbsmigration nach Deutschland. - Stand: 06/2020. - Nürnberg : BAMF, 2020. - 1 Online-Ressource (47 Seiten). -

**Grönheim, Hannah von u.a.:** Arbeiten mit unbegleiteten und begleiteten jungen Geflüchteten : ein Methodenbuch : mit Online-Materialien. - 1. Auflage. - Weinheim ; Basel : Beltz Juventa, 2021. - 128 Seiten : Illustrationen. - ISBN 978-3-7799-6628-9

**Grote, Janne:** Zuverlässig, aktuell, interoperabel: Datenmanagement im Asylverfahren in Deutschland :

Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). - Nürnberg : Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2021. - 111 Seiten.

**Hruschka, Constantin:** In Brüssel nichts Neues : das EU-Asyl- und Migrationspaket vom 23. September 2020. In: Asyl : Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis. - 36 (2021), Heft 1 : Die Zukunft der europäischen Asyl- und Migrationspolitik, Seite 3-11

**Kratzer, Vinzenz:** Governmental migration research in Germany : knowledge production at the Federal Office for Migration and Refugees / Vinzenz Kratzer. - Bielefeld : transcript, [2021]. - 1 Online-Ressource (237 Seiten). - ISBN 978-3-8394-5709-2

**Manoharan, Jeneka:** Der Familiennachzug zu Drittstaatsangehörigen : Rechte von Frauen und unbegleiteten Minderjährigen. - Baden-Baden : Tectum Verlag ; Nomos, [2021]. - XXI, 336 Seiten. - ISBN 978-3-8288-4630-2

**Morticelli, Annalisa:** Human rights of irregular migrants in the European Union : implementation of European policy and legislation for the effective protection of these rights. - 1st edition. - Baden-Baden : Nomos, 2021. - 359 Seiten. - ISBN 978-3-8487-8107-2

**Ooyen, Robert Christian van:** Ausländerwahlrecht : demokratietheoretisches und verfassungspolitologisches Plädoyer für ein Menschenrecht. - 3., erweiterte Auflage. - Frankfurt [am Main] : Verlag für Verwaltungswissenschaft, 2021. - 151 Seiten. - ISBN 978-3-942731-97-3

**Sözen, Ülkü Sezgi:** Die Assoziierung zur EU und Migrationspolitiken unter besonderer Berücksichtigung der mediterranen Drittstaaten. - 1. Auflage. - Baden-Baden : Nomos, 2021. - 345 Seiten : Illustrationen. - ISBN 978-3-8487-8088-4

**Theißen, Henning; Boysen, Knud Henrik (Hrsg.):** Integration und Konversion : Taufen muslimischer Flüchtlinge als Herausforderung für Kirchen und Gesellschaft. - [Wien] : Brill, Ferdinand Schöningh, [2021]. - 1 Online-Ressource (X, 410 Seiten). - ISBN 978-3-657-70471-2

**Timmermann, Petra u.a.:** Beschäftigung ausländischer Mitarbeiter : Arbeitsmigrationsrecht in der Praxis. - 1. Auflage. - Baden-Baden : Nomos, 2021. - 1 Online-Ressource (412 Seiten).

**Wollenschläger, Ferdinand (Hrsg.):** Europäischer Freizügigkeitsraum : Unionsbürgerschaft und Migrationsrecht. - 1. Auflage. - Baden-Baden : Nomos, 2021. - 1090 Seiten. ISBN 978-3-8487-5772-5

# Impressum

## Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
90461 Nürnberg

## Stand

08/2021

## Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Bildnachweis


iStockphoto

## Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechstdokumentation,  
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg  
E-Mail: [informationsvermittlungsstelle\(at\)bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle(at)bamf.bund.de) <https://milo.bamf.de> .  
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen  
unter: [www.bamf.de/publikationen](http://www.bamf.de/publikationen)

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 [www.facebook.com/bamf.socialmedia](https://www.facebook.com/bamf.socialmedia)

 [@BAMF\\_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

[www.bamf.de](http://www.bamf.de)

